



Inhaltsverzeichnis	
§ 1 Wahrzeichen	3
§ 2 Rat	3
§ 3 Bürgermeisterin/Bürgermeister	3
§ 4 Ausschüsse	4
§ 5 Ausschussangelegenheiten	5
§ 6 Ausschussangelegenheiten	5
§ 7 Dringlichkeitsentscheidungen	5
§ 8 Unterrichtung der Einwohnerinnen bzw. Einwohner	6
§ 9 Allgemeine Vertretung, Teilnahme an Sitzungen	6
§ 10 Gleichstellungsbeauftragte	6
§ 11 Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	7
§ 11a Kinder- und Jugendparlament	8
§ 12 Seniorinnenbeirat bzw. Seniorenbeirat	8
§ 13 Besondere Zuständigkeitsregelungen bei Verträgen	9
§ 14 Besondere Zuständigkeitsregelungen bei Personalangelegenheiten	9
§ 15 Richtlinien für die Behandlung von Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW durch den Haupt- und Finanzausschuss	10
§ 16 Verdienstausfall und Aufwandsentschädigung	11
§ 17 Öffentliche Bekanntmachungen	13
§ 18 Inkrafttreten	13

Hauptsatzung der Stadt Marl vom 19.11.2025

Aufgrund des § 7 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490, hat der Rat der Stadt Marl am 13.11.2025 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder folgende Hauptsatzung der Stadt Marl beschlossen.

§ 1 Wahrzeichen

1. Das Wappen der Stadt Marl zeigt einen geteilten Schild. Das obere silberne Feld ist belegt mit einem schwarzen Kreuz. Das untere ist in Silber und Schwarz gespalten. Auf dem rechten unteren Feld ist auf silbernem Grund ein schwarzes Fasseisen, auf dem linken unteren Feld auf schwarzem Grund ein silberner Hammer und ein silberner Schlägel, in Andreaskreuzform gelegt.
2. Die Flagge der Stadt Marl ist längs gestreift in den Farben Schwarz und Silber (Weiß). Im oberen Teil ist das Wappen der Stadt Marl angeordnet.
3. Das Dienstsiegel trägt den Namen und das Wappen der Stadt Marl.

§ 2 Rat

1. Die Vertretungskörperschaft der Stadt Marl führt die Bezeichnung "Rat der Stadt Marl".
2. Die in den Rat der Stadt Marl gewählten Vertreter führen die Bezeichnung „Ratsmitglieder“.
3. Die Geschäftsführung des Rates und der Ausschüsse ist in einer Geschäftsordnung geregelt, die vom Rat zu beschließen ist.

§ 3 Bürgermeisterin/Bürgermeister

1. Die Stadt Marl wird durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister repräsentiert. Der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin ist Vorsitzender bzw. Vorsitzende des Rates.
2. Die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen die Bezeichnung "Stellvertretende Bürgermeisterin bzw. Stellvertretender Bürgermeister". Es sind gem. § 67 GO NRW mindestens zwei Stellvertretungen zu wählen.

§ 4 Ausschüsse

1. Der Rat bildet folgende ständige Ausschüsse:
 - 1.1. Haupt- und Finanzausschuss
 - 1.2. Rechnungsprüfungsausschuss
 - 1.3. Kinder- und Jugendhilfeausschuss
 - 1.4. Sozial- und Gesundheitsausschuss
 - 1.5. Ausschuss für Kultur und Weiterbildung
 - 1.6. Ausschuss für Schule und Sport
 - 1.7. Stadtplanungsausschuss (Wirtschaft, Arbeit, Bauen, Digitalisierung, Verkehrsinfrastruktur)
 - 1.8. Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschuss (Umwelt, Grünflächen, Klima und Mobilität)
 - 1.9. Betriebsausschuss ZBH
 - 1.10. Wahlprüfungsausschuss
2. Gemäß § 57 Abs. 2 GO NRW werden die Aufgaben des Finanzausschusses vom Hauptausschuss wahrgenommen. Gemäß § 24 GO NRW wird die Erledigung von Anregungen und Beschwerden dem Haupt- und Finanzausschuss übertragen. Die Aufgaben des Denkmalschutzes gem. §§ 21 und 30 Denkmalschutzgesetz werden vom Stadtplanungsausschuss (Wirtschaft, Arbeit, Bauen, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur) wahrgenommen.
3. Weitere Ausschüsse können nach Bedarf durch Ratsbeschluss gebildet werden.
4. Zu Mitgliedern der Ausschüsse, mit Ausnahme des unter Ziff. 1.1 aufgeführten Ausschusses, können gem. § 58 Abs. 3 GO NRW neben den Ratsmitgliedern auch sachkundige Bürgerinnen bzw. sachkundige Bürger, die mindestens das 16. Lebensjahr vollendet haben und im Übrigen dem Rat angehören können, bestellt werden. Ihre Zahl darf die der Ratsmitglieder in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen.

Außerdem können als Mitglied mit beratender Stimme den Ausschüssen, mit Ausnahme des unter 1.1 aufgeführten Ausschusses, sachkundige Einwohnerinnen bzw. Einwohner angehören. Hier gilt § 58 Abs. 3 Satz 1 bis 3 entsprechend. Der Rat bestellt auf Antrag einer Fraktion, die nicht in einem Ausschuss vertreten ist, unter den Voraussetzungen des § 58 Abs. 1 GO NRW ein von dieser Fraktion benanntes Ratsmitglied oder eine sachkundige Bürgerin bzw. einen sachkundigen Bürger zum Mitglied dieses Ausschusses. Sie wirken in dem Ausschuss mit beratender Stimme mit. Ein Ratsmitglied hat das Recht, mindestens einem der Ausschüsse als Mitglied mit beratender Stimme anzugehören.
5. Die Befugnisse der ständigen Ausschüsse werden in einer Zuständigkeitsordnung festgelegt. Zusammensetzung und Befugnisse weiterer Ausschüsse werden durch besonderen Ratsbeschluss geregelt.
6. Die Ausschüsse können im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anhörungsverfahren durchführen. Über die Durchführung eines öffentlichen Anhörungsverfahrens entscheidet der jeweilige Ausschuss. Zu einzelnen Punkten der Tagesordnung

können Sachverständige und Einwohnerinnen bzw. Einwohner gehört werden. § 8 bleibt unberührt. Außerdem können die Ausschüsse gemeinsame Sitzungen durchführen. Zu diesen Sitzungen laden die Vorsitzenden der Ausschüsse zusammen ein.

7. Die Vorsitzenden der Ausschüsse können von der Bürgermeisterin bzw. vom Bürgermeister jederzeit Auskunft über Angelegenheiten verlangen, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören. Sie haben insoweit zum Zwecke der Unterrichtung ihres Ausschusses auch das Recht auf Akteneinsicht (§ 55 GO NRW).

§ 5

Ausschussangelegenheiten

1. Beschlüsse **sollen** vom Haupt- und Finanzausschuss oder vom Rat erst gefasst werden, wenn der Empfehlungsbeschluss des zuständigen Ausschusses vorliegt. Hiervon ausgenommen sind die Angelegenheiten, die
2. keinen Aufschub dulden. Gleiches gilt, wenn der zuständige Ausschuss ausnahmsweise auf einen Empfehlungsbeschluss verzichtet hat.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss ist bei der Beratung oder Entscheidung an den Empfehlungsbeschluss eines anderen Ausschusses nicht gebunden. Er kann nach pflichtgemäßem Ermessen einen von dem Empfehlungsbeschluss eines anderen Ausschusses abweichenden Empfehlungsbeschluss an den Rat aussprechen oder - wenn für ihn abschließende Zuständigkeit gegeben ist - einen abweichenden Beschluss fassen.
4. Die Gründe für Abweichungen wesentlichen Inhalts sind in der Niederschrift festzuhalten.
5. Die Absätze 2 und 3 gelten auch für die von den Empfehlungsbeschlüssen des Haupt- und Finanzausschusses abweichenden Beschlüsse des Rates.

§ 6

Ausschussangelegenheiten

1. Die Ausschüsse sind ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches, soweit ihnen vom Rat Entscheidungsbefugnis übertragen worden ist, die Entscheidung der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister zu übertragen.
2. Die Übertragung kann durch Beschluss des Ausschusses oder des Rates wieder rückgängig gemacht werden.

§ 7

Dringlichkeitsentscheidungen

1. Dringlichkeitsentscheidungen im Sinne des § 60 Abs. 1 GO NRW müssen schriftlich getroffen werden.
2. Dringlichkeitsentscheidungen bedürfen keiner vorherigen Beratung in einem anderen Ausschuss.

3. Über die Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 1 GO NRW entscheidet der Rat oder der zuständige Ausschuss.

§ 8

Unterrichtung der Einwohnerinnen bzw. Einwohner

1. Der Rat hat die Einwohnerinnen bzw. Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt Marl zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen, allerdings nicht eher, bevor sich der Rat selbst oder ein Ausschuss mit der Angelegenheit befasst hat. Über die Art und Weise der Unterrichtung entscheidet der Rat von Fall zu Fall. Die Unterrichtungspflicht aufgrund sondergesetzlicher Bestimmungen bleibt unberührt.
2. Zu Planungen oder Vorhaben, die mittel- oder langfristig die strukturelle Entwicklung der Stadt Marl oder einzelner Stadtteile beeinflussen, oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnerinnen bzw. Einwohnern verbunden sind, werden die Bürgerinnen bzw. die Bürger stadtteilbezogen frühzeitig in geeigneter Weise evtl. schriftlich unterrichtet.
3. Hat der Rat die Durchführung einer Versammlung für Einwohnerinnen bzw. Einwohner beschlossen, so setzt die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt die Einwohnerinnen bzw. Einwohner rechtzeitig ein. In der Versammlung sind Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens darzulegen und zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt.

§ 9

Allgemeine Vertretung, Teilnahme an Sitzungen

1. Es wird keine Beigeordnete bzw. kein Beigeordneter bestellt. Durch besonderen Beschluss des Rates wird eine allgemeine Vertreterin bzw. ein allgemeiner Vertreter der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters bestellt.
2. An den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses nehmen die Kämmerin bzw. der Kämmerer und die Leiterin bzw. der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes teil.
3. Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister bestimmt, ob weitere Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter an den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse teilnehmen.

§ 10

Gleichstellungsbeauftragte

1. Die Gleichstellungsbeauftragte hat ein unmittelbares Vortragsrecht bei der Bürgermeisterin bzw. beim Bürgermeister.
2. Die Verwaltung hat die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihres Aufgabenbereiches an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass deren Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Die Verwaltung hat

sicherzustellen, dass die Meinung der Gleichstellungsbeauftragten zu frauenrelevanten Angelegenheiten berücksichtigt wird. Der Gleichstellungsbeauftragten sind die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.

3. Im Rahmen des allgemeinen Verwaltungshandelns betreibt die Gleichstellungsbeauftragte Öffentlichkeits- und Pressearbeit, soweit es sich um gleichstellungsrelevante Themen handelt. Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister ist vorab zu informieren bzw. zu beteiligen. Die Gleichstellungsbeauftragte kann an den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen. An den Sitzungen des Verwaltungsvorstandes und der Leitungskonferenz kann sie teilnehmen, soweit Vorhaben und Maßnahmen behandelt werden, die gleichstellungsrelevante Belange berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Der Gleichstellungsbeauftragten ist auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 11

Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

1. Gemäß § 27 GO NRW wird zur Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten an den kommunalen Willensbildungsprozessen ein Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration gebildet. Er besteht gem. § 27 Abs. 2 GO NRW zu zwei Dritteln aus gewählten Mitgliedern nach Abs. 3 Satz 1 sowie zu einem Drittel aus den durch den Rat bestellten Ratsmitgliedern, die nach dem für die Ausschüsse geltenden Verfahren aus seiner Mitte gewählt werden. Darüber hinaus kann der Ausschuss bis zu 6 beratende Mitglieder benennen, wobei ein Mitglied Asylbewerber sein sollte.
2. Der Vorsitzende bzw. die Vorsitzende und seine/ihre Stellvertreter werden aus der Mitte des Ausschusses gewählt.
3. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration ist vor einer Beschlussfassung des Rates oder der Ausschüsse so rechtzeitig zu hören, dass seine Beschlussempfehlung bei der Beratung in den jeweiligen Ausschuss mit berücksichtigt werden kann, wenn diese spezifische Interessen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte berühren. Der Ausschuss behandelt nicht die politischen Probleme der Heimatländer oder sonstiger Drittländer. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration behandelt persönliche Angelegenheiten einzelner nur dann, wenn sie grundsätzliche Bedeutung haben.
4. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration ist anfrage- und antragsbefugt.
5. Der Ausschuss soll zu Fragen, die ihm vom Rat, einem Ausschuss oder der Verwaltung vorgelegt werden, Stellung nehmen. Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende oder ein anderes vom Ausschuss benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheiten an der Sitzung teilzunehmen; auf ihr bzw. sein Verlangen ist ihr bzw. ihm dazu das Wort zu erteilen.

6. Zu einzelnen Punkten der Tagesordnung der Sitzungen des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration können zusätzlich Sachverständige gehört werden.
7. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration regelt seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung nach den Grundsätzen der Geschäftsordnung des Rates.

§ 11a Kinder- und Jugendparlament

1. Gem. § 27a GO NRW hat die Stadt Marl ein Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) eingerichtet. Es wird für die Dauer von zwei Jahren gem. der Satzung des Kinder- und Jugendparlaments gewählt.
2. Die Hauptaufgabe des KiJuPa ist es, dafür zu sorgen, dass die Meinungen und Interessen junger Menschen aus Marl mehr Gehör in der Kommunalpolitik finden. Das KiJuPa erarbeitet Anregungen zur Verbesserung der Situation der Marler Kinder und Jugendlichen und schlägt Maßnahmen vor, damit Marl kinder- und jugendfreundlicher wird. Des Weiteren ist das Marler KiJuPa Ansprechpartner des Rates der Stadt Marl und der Ausschüsse, wenn es um kinder- und jugendrelevante Themen geht.
3. Das KiJuPa ist unabhängig, überparteilich und frei in der Wahl seiner Themen.
4. Die Zusammensetzung des KiJuPa richtet sich nach Ziffer 3 der Satzung für das Kinder- und Jugendparlament.
5. Das KiJuPa berät und unterstützt die Ausschüsse und die Verwaltung der Stadt Marl bei allen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen. Dabei wird es vom Stadtrat über alle wichtigen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, rechtzeitig unterrichtet.
6. Das KiJuPa hat die Möglichkeit, Vertreter*innen beratend in die Ausschüsse des Rates entsenden.
7. Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss bekommt das Kinder- und Jugendparlament einen eigenen Tagesordnungspunkt „Bericht des KiJuPa Marl“.
8. Das Kinder- und Jugendparlament regelt seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung nach den Grundsätzen der Geschäftsordnung des Rates.

§ 12 Seniorinnenbeirat bzw. Seniorenbeirat

1. Zur Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren an den kommunalen Willensbildungsprozessen wird ein Seniorenbeirat gebildet, der sich aus 22 Mitgliedern zusammensetzt. Die Mitglieder des Seniorenbeirates werden in

allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Das Nähere bestimmt die Wahlordnung.

2. Der Seniorenbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden bzw. eine Vorsitzende und einen oder mehrere Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen. Der Seniorenbeirat regelt seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung.
3. Der Seniorenbeirat kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Insbesondere wird er sich dabei mit den Problemen beschäftigen, denen ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger begegnen. Der Seniorenbeirat behandelt persönliche Angelegenheiten einzelner nur dann, wenn sie grundsätzliche Bedeutung haben.
4. § 11 Absätze 5 und 6 der Hauptsatzung der Stadt Marl gelten entsprechend.

§ 13

Besondere Zuständigkeitsregelungen bei Verträgen

1. Verträge mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister und der allgemeinen Vertreterin bzw. dem allgemeinen Vertreter als leitenden Dienstkräften der Verwaltung bedürfen der Genehmigung durch den Rat.
2. Keiner Genehmigung bedürfen:
 - 2.1. Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife geschlossen werden
 - 2.2. Verträge, denen ein Ausschreibungsverfahren zu Grunde liegt,
 - 2.3. Verträge, die zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören.

§ 14

Besondere Zuständigkeitsregelungen bei Personalangelegenheiten

1. Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Leiters bzw. einer Leiterin von Organisationseinheiten verändern, der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister oder einer/einem Dezernentin/Dezernenten unmittelbar unterstehen, trifft der Rat im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
2. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen.
3. Bei diesen Abstimmungen stimmt die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister nicht mit.
4. Erfolgt keine Entscheidung nach Ziffer 1 oder 2, entscheidet die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister.
5. Die übrigen dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen trifft die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

6. Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister kann diese Entscheidungsbefugnis delegieren.
7. Die Entscheidung über Widersprüche aus dem Beamtenverhältnis nach § 54 Beamtenstatusgesetz wird auf die Bürgermeisterin / den Bürgermeister übertragen, soweit der Rat im Einzelfall die Maßnahme nicht selbst getroffen hat. Diese Regelung gilt nur, soweit nicht eine andere durch Gesetz festgelegte Zuständigkeit besteht.

§ 15

Richtlinien für die Behandlung von Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW durch den Haupt- und Finanzausschuss

1. Anregungen und Beschwerden (Petitionen) von Einwohnerinnen bzw. von Einwohnern der oder die seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnen, haben das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Stadt Marl an den Haupt- und Finanzausschuss zu wenden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Ihnen sollte eine Stellungnahme der Verwaltung beigelegt sein. Die Beschwerdeführerin bzw. der Beschwerdeführer erhält Rederecht, über das der Ausschuss entscheidet, und wird über die Entscheidung des Gremiums zu der Anregung oder Beschwerde unterrichtet.
2. Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Marl fallen, sind von der Bürgermeisterin bzw. vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist hierüber zu unterrichten
3. Dem Haupt- und Finanzausschuss steht das Recht auf Akteneinsicht zu.
 - 3.1. Hält der Haupt- und Finanzausschuss eine Petition für begründet, empfiehlt er der zuständigen Stelle (Rat, Ausschuss oder Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister), die Angelegenheit im Sinne der Petentin bzw. des Petenten noch einmal zu prüfen.
 - 3.2. Hält der Haupt- und Finanzausschuss eine Petition für unbegründet, bestätigt er die Stellungnahme der zuständigen Stelle und erklärt die Petition für erledigt. Er kann eine Petition für erledigt erklären, wenn er bereits in einer vergleichbaren Angelegenheit befunden hat.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss hat eine Petition ohne sachliche Prüfung zurückzuweisen, wenn
 - 4.1. die Behandlung einen Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren oder die Nachprüfung einer richterlichen Entscheidung bedeuten würde,
 - 4.2. der Rat oder die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister für die Behandlung der Petition örtlich und/oder sachlich nicht zuständig ist,
 - 4.3. die Behandlung der Petition wegen Unleserlichkeit, Fehlens des Namens der Petentin bzw. des Petenten oder mangels eines Sinnzusammenhanges unmöglich ist,
 - 4.4. die Petition gegen solche Maßnahmen gerichtet ist, gegen die Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe eingelegt werden können,

- 4.5. eine bereits behandelte Petition wiederholt wird, ohne dass sie neue Gesichtspunkte enthält,
 - 4.6. die Petition lediglich den Zweck erfüllt, Rechtsauskünfte zu begehren.
5. Die Verwaltung teilt der Petentin bzw. dem Petenten den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses mit.

§ 16

Verdienstausschlag und Aufwandsentschädigung

1. Die Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form einer monatlichen Pauschale nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung NRW. Wird das kommunale Ehrenamt ununterbrochen länger als 3 Monate nicht ausgeübt, so wird ab diesem Zeitpunkt keine Aufwandsentschädigung mehr gewährt. Es sei denn, das Ratsmitglied hat die Nichtausübung nicht zu vertreten.
2. Den Mitgliedern des Rates und der Ausschüsse wird der Verdienstausschlag für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen sowie an Reisen im Auftrage des Rates oder der Ausschüsse auf Antrag ersetzt, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben.
3. Bei der Berechnung der Sitzungsdauer werden die Zeiten für An- und Abfahrt mitgerechnet. Die letzte angefangene Stunde wird voll gerechnet. In der Regel, ohne individuelle Begründung, beginnt die regelmäßige Arbeitszeit werktags um 08:00 Uhr und endet um 18:00 Uhr.
4. Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern, die wegen der Besonderheit ihres Arbeitsverhältnisses (z.B. Schichtbetrieb, Untertagetätigkeit usw.) durch die Teilnahme an einer Sitzung oder eine Reise im Auftrag des Rates oder eines Ausschusses einen ganzen Arbeitstag versäumen, wird der Verdienstausschlag für diesen Arbeitstag in voller Höhe erstattet.
5. Als Ersatz des Verdienstausschlages wird ein Regelstundensatz in Höhe des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils aktuellen Fassung gezahlt, es sei denn, dass ersichtlich keine finanziellen Nachteile entstanden sind. Abhängig Beschäftigten wird auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstausschlag ersetzt.
6. Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach § 14 SGB XI ist, oder mindestens 3 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden in der Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeiten der Ausübung des Mandats vom Haushalt auf Antrag einen Stundensatz in Höhe des Regelsatzes. Statt der Kinderbetreuungs- bzw. Pflegekosten können auf Antrag die tatsächlich entstandenen Kosten für die notwendige Vertretung durch Dritte im Haushalt übernommen werden.
7. Selbständige erhalten auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes eine Verdienstausschlagpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach billigem Ermessen festgesetzt wird. Die

- Glaubhaftmachung erfolgt regelmäßig durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird; im Zweifelsfall kann die Stadt weitere geeignete Unterlagen anfordern.
8. Der Regelstundensatz wird auf den durch die Entschädigungsverordnung NRW bestimmten Mindestregelstundensatz festgesetzt. Der Höchstbetrag, der bei dem Ersatz des Verdienstausfalls je Stunde nicht überschritten werden darf, bestimmt sich nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung NRW.
 9. Jedes Ratsmitglied erhält ferner eine pauschalierte Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung NRW in Verbindung mit §§ 45 und 46 der Gemeindeordnung NRW. Ein Sitzungsgeld wird nicht gewährt. Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören, die Mitglieder des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration und die Mitglieder des Seniorenbeirates, erhalten neben dem Ersatz des Verdienstausfalles ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung NRW in Verbindung mit § 45 der Gemeindeordnung NRW.
 10. Die Zahl der Fraktionssitzungen, einschließlich Teilfraktionssitzungen, für die ein solches Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf höchstens 12 im Jahr festgelegt. Eine Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse als Gast begründet keinen Anspruch auf Entschädigungsleistungen. Fraktionssitzungen können unter Einhaltung des Erlasses „Videokonferenzlösungen für digitale Ausschüsse und Ratssitzungen in Kommunen“ aus September 2023 auch online per Video- oder Telefonkonferenz abgehalten werden. Zur Glaubhaftmachung einer solchen Sitzung sind eine Einladung sowie eine vom Fraktionsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter dokumentierte Anwesenheitsliste beizubringen.
 11. Stellvertretende Bürgermeister nach § 67 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW), Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Ausschüssen des Rates mit Ausnahme des Wahlprüfungsausschusses sowie Fraktionsvorsitzende – bei Fraktionen mit mindestens 8 Mitgliedern auch ein stellvertretender Vorsitzender, mit mindestens 16 Mitgliedern auch 2 stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens 24 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende – erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe des § 46 der Entschädigungsverordnung NRW. Sofern der jeweilige Fraktionsvorsitz im Wege einer Doppelspitze ausgeübt wird, wird die zusätzliche Aufwandsentschädigung geteilt und jeweils hälftig ausgezahlt.
 12. Die Fraktionen erhalten aus jährlich festzusetzenden Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung.
 13. Einem Ratsmitglied, das keiner Fraktion oder Gruppe angehört, werden in angemessenem Umfang Sachmittel und Kommunikationsmittel zum Zwecke seiner Vorbereitung auf die Ratssitzung zur Verfügung gestellt. Der Rat kann stattdessen beschließen, dass ein Ratsmitglied aus Haushaltsmitteln finanzielle Zuwendungen erhält, die die Hälfte des Betrages nicht übersteigen dürfen, die eine Gruppe mit zwei Mitgliedern erhielte.

14. Fahrkosten werden gem. § 8 Entschädigungsverordnung NRW i. V. m. § 2 bis 5 des Landesreisekostengesetzes auf Antrag durch den Mandatsträger bzw. die Mandatsträgerin quartalsweise mit dem Kommunalbüro abgerechnet.

§ 17

Öffentliche Bekanntmachungen

1. Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Marl, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden im Amtlichen Bekanntmachungsblatt - Amtsblatt - der Stadt Marl vollzogen.
2. Sind öffentliche Bekanntmachungen infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse in der in Absatz 1 vorgeschriebenen Form nicht möglich, so genügt der Aushang dieser Bekanntmachungen an der Tafel für öffentliche Bekanntmachungen im Stadthaus 1, Carl-Duisberg-Straße 165, 45772 Marl, im i-Punkt, Marler Stern, Bergstraße 10 D, 45768 Marl oder die Veröffentlichung der Bekanntmachungen auf der städtischen Internetseite in Form des Bekanntmachungsblattes unter www.marl.de.

§ 18

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die frühere Hauptsatzung vom 27.02.2024 außer Kraft.